

Nun meinen Sie, Herr Verfasser, die Herren um Wasch wüßten sehr gut, daß solche Kompetenzen (Antrag der Mitgliedschaft) bei Schaffung des Statuts gar nicht beabsichtigt waren usw. und verweisen auf das Stuttgarter Protokoll. Das letztere ist mir leider augenblicklich nicht zur Hand, jedoch finde ich die Fassung des betreffenden Paragraphen für durchaus demokratisch. Gerade der Willkür seitens der Leiter sollte hier, meiner Ansicht nach, ein Riegel vorgezogen werden. Die Bestimmung ist durchaus klar und läßt keine Nebenbedeutung zu und wenn der Zentralvorstand oder ein Gauvorstand gegen dieselbe verfährt (Fall Gentel, Berlin), verfährt er gegen das Statut und macht sich selbst des Vergehens, welches im § 5a mit Ausschluß bedroht ist, schuldig, davon können Sie selbst durch Ihre schönsten Redewendungen nichts abdeuteln, denn nicht was der eine oder andre Delegierte bei der Verhandlung gedacht oder gesprochen hat, ist maßgebend, sondern das, was beschlossen wurde und Gesetz geworden ist. Selbst der Generalversammlung steht ein eigentliches Ausschlußrecht ohne Statutenänderung nicht zu, es sei denn, daß dieselbe sich dieses Recht auf Grund des § 29 Abs. 10 anmaßt, doch müßte auch ihr alsdann der Ausschlußantrag auf Ratungemäßem Wege zugehen, d. h. derselbe müßte wenigstens acht Wochen vor ihrem Zusammenritte dem Vorstand eingereicht sein. Hiernach ist auch der Döblinger Ausspruch, Wasch wäre schon in Halle ausgeschlossen worden, wenn er nicht scheinlich Abbitte geleistet, zu beurteilen. Die Generalversammlung konnte Wasch ebenso, wie es der Zentralvorstand gethan, nur unter Verletzung des Statuts ausschließen, denn wenn dieselbe auch das Recht besitzt, auf gesetzlicher Grundlage das Statut zu ändern, so steht sie doch nicht über demselben, sondern ist erst recht verpflichtet, daselbe bis in die kleinsten Einzelheiten zu beachten.

Es ist ja scheinbar recht klug gehandelt, Herr Verfasser, wenn Sie alles mögliche, was Wasch selbst für die Tarifgemeinschaft gethan und geschrieben hat, anführen, vergessen Sie aber nicht, daß Wasch erst Gegner wurde, als die Leipziger Prinzipale eine Hintertür fanden, um die Einführung des Tarifes am 1. Mai zu umgehen. Schreiber dieses ist weit entfernt, alles was die sog. Waschsche Opposition that, gutzuheißen, aber Wasch und seine Nächsten sind noch lange nicht die Opposition. Und was nur die B.-W. anlangt — ich habe dieselbe von der ersten Nummer an gelesen — kann ich dieselbe durchaus nicht für so staatsgefährlich finden als sie gemacht wird. Ueber unsere Leiter und ihre Verhütung für ihr verantwortungsvolles Amt kann man aber auch eine ziemlich geringe Meinung haben, ohne gerade überzeugter Anhänger Waschs zu sein. Jedenfalls zeigt der Ausschluß, der nicht allein statutenwidrig, sondern auch so undiplomatisch wie nur möglich war, daß die „hohe“ Taktik bei unseren Verbandsgrößen nicht besonders weit her ist. — Ohne diese Ausschließerei wäre der Bruderguß, an dem doch hauptsächlich unsere selbstverständlichen Gegner, die Herren Prinzipale, ihre helle Freude haben, wohl längst beigelegt oder wenigstens in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen, in dem eine Verständigung zu erwarten und zu erhoffen gewesen wäre. Aber allzuoft macht schärfzig, der Beweis hierfür ist durch die Juxtaposition der Gegensätze, die eine Verständigung kaum möglich erscheinen lassen, wieder einmal erbracht. Meiner Ansicht nach würde nur eine bedingungslose Rückgängigmachung der letzten Ausschlußangelegenheit die Grundlage für eine Verständigung abgeben und darum — je eher, je lieber. Einen begangenen Fehler einsehen und wieder gut machen ist nicht das Schlechteste, was man thut. Es würde dann das angeblühende Witzgespräch in der B.-W., von dem ich übrigens nicht allzuviel bemerkt habe, von selbst aufhören.

Berlin, 12. Oktober 1896.

Unsere Ausführungen im „Ausschluß-Artikel“ halten wir nach wie vor aufrecht, zudem wir ganze Sätze vorstehenden Artikels schon vor Wochen in politischen Tagesblättern gelesen haben.

Korrespondenzen.

Kr. Berlin. Am 6. d. M. fand die erste ordentliche Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdruckmaschinenmeister statt. Das Hauptinteresse des Abends nahmen die beiden Punkte der Tagesordnung: „Statutenänderung“ und „Aussprache über die weitere für unsere Bewegung zu unternehmenden Schritte“ in Anspruch. Zum erstem Punkte stand ein Antrag des Kollegen Pöppel zur Debatte, welcher zu dem § 7 des Statuts den Absatz hinzugesetzt wissen will, daß Kollegen, welche aus dem Verbands wegen Meinungsverschiedenheiten ausgeschlossen werden, obwohl sie sonst ihren Pflichten nachgekommen, Mitglieder unseres Vereins bleiben sollen. Der Antragsteller motivierte seinen Antrag damit, daß die letzten Vorkommnisse im Verband in betreff der Ausschüsse wohl jedem Kollegen zu denken gegeben hätten. Nach unserm Statut müßten wir solche Kollegen, wenn sie unserm Verein angehört hätten, auch aus diesem ausschließen, obwohl sie uns vielleicht in jeder Beziehung als ganz ehrenwerte Kollegen bekannt seien. Die meisten Redner sprachen gegen den Antrag und baten den Antragsteller, seinen Antrag zurückzugeben. Kollege Kirchner wies darauf hin, daß der Antrag etwas bekämpfen solle, was gar nicht da, etwas vorbeugen wolle, was nicht

zu befürchten sei. Auch der anwesende Gauvorsteher Rassin wandte sich gegen den Antrag. Der Antragsteller verneinte die Sache, er habe vielleicht nur gutes beabsichtigt, aber er versehe mit seinem Antrage das Ziel. Es sei noch nie jemand seiner abweichenden Meinung wegen ausgeschlossen worden, auch die zuletzt Betroffenen nicht. Wer vorurteillos das Protokoll der Generalversammlung durchlese, der müsse herausfinden, daß es eines Kollegen, eines Verbandsmitgliedes unwürdig sei, für die Sache eines Mannes zu agitieren, der dort vor dem Forum der Kollegenschaft erklärte, von seiner, die Organisation betreffenden Agitation abzulassen — und kurze Zeit darauf die alte Thätigkeit fortsetze. — Wir würden wohl und dürften nie alle dieselbe Meinung haben, im Gegentheil, der Verband sollte die Stätte für den Austausch unserer Meinungen sein, die betr. Kollegen aber hätten ihre Meinung außerhalb des Verbandes, in einem Organe zur Sprache gebracht, welches zur Untergrabung der Organisation ins Leben gerufen worden sei. Speziell Gentel habe hartnäckig auf diesem Standpunkte verharret und erklärt, alles daran zu setzen, um die Agitation Waschs zu fördern. Der Vorstand müßte Gentel auf Grund der Generalversammlungsbeschlüsse ausschließen. Von unrechtmäßigem Ausschluß könne nicht die Rede sein. Redner kritisierte noch die Schreibweise des Vorwärts in der Notiz über Zurücknahme des Ausschusses, er ist der Meinung, daß das Blatt eine andre Tonart anschlagen würde, wenn es sich um Genossen handeln würde, die den Beschlüssen der Parteitage strikt entgegen arbeiten wollten. Der Antrag könne nur glauben machen, daß es in Berlin noch möglich sei, daß jemand zu Unrecht, nur seiner Meinung wegen, aus dem Verband ausgeschlossen werde. — Von anderer Seite wird wiederholt darauf hingewiesen, daß wir uns doch sichern müßten, da wir ja doch auch uns schließlich mit unserer Agitation mit der Ansicht der Verbandsfunktionäre in Widerspruch setzen könnten und dann gezwungen wären, vielleicht unsere tapfersten Kollegen aus unserer Mitte auszuschließen. Dem gegenüber bemerkte Kirchner, daß wir ja nicht aus dem Rahmen des Verbandes hinausgehen, sondern gerade den Beschlüssen der Generalversammlung nachkommen und nur das benutzen wollten, was dieselbe uns in die Hand gegeben zur Verbesserung unserer Lage. In seinem Schlusswort hob Pöppel hervor, daß gerade die Stimmung der letzten Versammlungen ihn veranlaßt hätte, seinen Antrag zu stellen. Das Vorgehen der Verbandsfunktionäre sei allseitig verurteilt worden, unser Verein müsse solchen schon hart genug getroffenen Kollegen ihre Mitgliedschaft in dem letztem sichern. — Die Abstimmung, welche, weil angefochten, dann durch Stimmzettel erfolgte, ergab die Annahme des Antrages mit 67 gegen 64 Stimmen. Demnachst erstattete der Kassierer den Kassienbericht; derselbe ergibt einen Bestand von 739 M. 45 Pf. — Vor Eintritt in die Diskussion über unsere Bewegung gab der Schriftführer eine Uebersicht über die eingegangenen Adressen und erfolgte Verbendung von Flugblättern; dieselbe zeigt, daß das Interesse an der Sache im allgemeinen ein erfreulich reges ist. Die meisten Redner sprachen sich für eine Konferenz aus, die geeignet sei, erst die Ansichten der Gesamtheit zu klären. Dieselbe sei der einzige Weg, der ein Gelingen unserer Sache sichere. Kirchner sprach sich gegen eine Konferenz aus, auf die resultatlos verlaufene Hannoverische und Stettiner Konferenz hinweisend. Man müsse erst noch den Boden vielmehr beackern, das Interesse der Kollegen erst noch mehr wachrufen. Die Verschiedenartigkeit der Druckerverhältnisse lasse vorläufig ein Zentralreglement nicht zu, daher müsse erst die Materie mehr in den einzelnen Orten und Gauen bearbeitet werden. Von einem Delegiertentage müsse man doch schon etwas Positives mit nach Hause bringen. Vor allen Dingen seien die drei Jahre, die wir Zeit haben, nach Kräften auszunützen. Die Versammlung nahm einen Antrag, welcher eine Konferenz als Notwendigkeit betrachtet, mit allen gegen zwei Stimmen an. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß der von 154 Mitgliedern besuchten Versammlung.

h. Stettin. Am vergangenen Sonntage fand hier eine Ortsvereinsversammlung statt, welche, ebenso wie die vorhergehenden, trotz der jetzt auf über 140 Mann starken Mitgliedschaft bezüglich des Besuches viel zu wünschen übrig ließ. Die unsre Organisation jetzt bewegenden Fragen sind doch gewiß dazu angethan, das Interesse der Mitglieder anzuregen und dieselben Mann für Mann in die Versammlung zu führen, um dort über das eigene Wohl und Wehe ernstlich mitzuratzen, was nutzbringender sein dürfte als hinter dem Rücken die gefassten Beschlüsse usw. zu bekritteln. Hoffentlich läßt diese Anregung die Säumigen ihrer Pflicht bewußt werden, damit in Zukunft vollständiger besuchte Versammlungen verzeichnet werden können. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Kirchner, in warmen Worten des verstorbenen Kollegen Jagb (s. diesbezügliche Rubrik), welcher durch seinen aufrichtigen, biedern Charakter sich ein bleibendes Andenken hier gesichert hat. Die Versammlung ehrte das Andenken desselben durch Erheben von den Plätzen. — Aus den „Verbandsmitteilungen“ ist zu erwidern, daß der Vorstand auch hier eine rege Thätigkeit für die Einführung des neuen Tarifes entfaltet hat und daß bis jetzt neun Firmen, meistens größere, den Tarif eingeführt haben, während etwa 22 Firmen sich noch ablehnend verhalten, unter welchen sich leider die frühere sogenannte „Hochburg des Verbandes“, die

Graßmannsche Druckerei, befindet. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß noch viel zu Gunsten tariflicher Verhältnisse zu thun, wozu die Unterstützung der sämtlichen Kollegen durchaus notwendig ist, und daß, wie sich der Vorsitzende in der vorletzten Versammlung äußerte, „alle Sonderbestrebungen bei Seite gelassen und unentwegt für den Tarif eingetreten werden müsse, denn nur so könnten wir unsere Lage wirklich verbessern, nicht durch jene Bestrebungen, wie sie leider von gewissen „Kollegen“ in der B.-W. proklamiert werden.“ Des weitern teilte der Vorsitzende mit, daß zwecks Stellungnahme zur Tarifdurchführung eine allgemeine Versammlung in Aussicht stehe, zu welcher auch die Prinzipale Einladungen erhalten würden. Nach Mitteilung kleinerer Angelegenheiten wurde zum Punkt „Aufnahmegejuch“ geschritten. Es lagen neun Gesuche vor, von denen jedoch nur fünf dem Gauvorstande zur Annahme empfohlen werden konnten. — Infolge gegebener Anregung in voriger Versammlung war als ein weiterer Punkt der Tagesordnung die Frage aufgestellt: Wie stellen wir uns zum Ausschluß von Wasch und Genossen? Hierzu ist vorweg zu bemerken, daß die hitzigen Anhänger der sogenannten Opposition in früheren Versammlungen jede Gelegenheit wahrnahmen, in heftigen Redebämpfen gegen jegliche Tarifgemeinschaft zu wettern, dann aber, nach stattgehabener Generalversammlung, ruhiger Ueberlegung folgend, sich mit der angemessenen Tarifgemeinschaft als einer gegebenen Thatsache einverstanden erklärt hatten. Ferner war man auf derselben Seite zu der Ueberzeugung gelangt, daß das weitere Verhalten Waschs namentlich nach den in der Generalversammlung gegebenen Versprechungen entschieden zu mißbilligen sei und man bedauerte nur noch, daß jenen Kollegen, die sich in dessen Dienst gestellt, daselbe Schicksal zu Teil geworden. Die Frage sollte nun in dieser Versammlung eine charakteristische Erledigung finden. Nachdem ein Redner seiner Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, daß die Frage überhaupt noch aufgeworfen werden konnte, war ein Antrag eingelaufen, welcher den Ausschluß Wasch und Genossen acceptiert, bevor jedoch derselbe zur Debatte und Abstimmung gestellt werden konnte, war von einem der eifrigsten Anhänger der Opponenten der Antrag auf „Uebergang zur Tagesordnung“ gestellt worden, welcher denn auch kurz darauf mit übermächtiger Mehrheit angenommen wurde. So dürfte diese Angelegenheit endlich auch für uns abgethan sein. — Zu einem weiteren Punkte wird beschlossen, das Stimmungsfest am 15. November in den „Germania-Sälen“ abzuhalten. — Bei der hierauf stattfindenden Auffstellung von Kandidaten zur Vorstandswahl wurden vorgeschlagen: Als Vorsitzender Hof Kirchner, als zweiter Vorsitzender und Reisekassenverwalter Dubold Puls und Emil Wolf, als Kassierer Paul Fischer, als Schriftführer Herrmann, Dolls, Fischer II, Fenger, als Bibliothekar Fordt. — Zum letzten Punkte der Tagesordnung „Verschiedenes“ ist zu erwähnen, daß ein Antrag auf Auflösung der Gesangsabteilung wegen zu geringer Beteiligung an derselben entgegnet wurde, doch infolge bedenklicher Richtung der Versammlung auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zurückgestellt wurde. Anschließend hieran werden alle stimmabgebenden Mitglieder ersucht, sich in Zukunft recht regen an den Gesangsstunden zu beteiligen, um dadurch einer guten kollegialen Sache zu dienen, und damit uns obiger Beschluß erpart bleibe.

Brüffel. Infolge der letzten Bewegung im verfloßenen Sommer, worüber die Leser des Corr. genügend unterrichtet sein dürften, haben die Mitglieder des hiesigen Buchdruckervereins nun fest einem halben Jahr eine Extraststeuer von 1 Fr. pro Mann bei vierzehntägiger Lohnzahlung und 0,50 Fr., wenn unter 60 Fr. verdient werden, aufzubringen. In der letzten außerordentlichen Generalversammlung des Vereins nun wurde den Mitgliedern die unerfreuliche Mitteilung gemacht, daß der Verein trotz der Extrasteuern im letzten Halbjahre mit einem Defizit von 18000 Fr. gearbeitet hat, gegenwärtig noch hat der Verein pro Woche über 800 Fr. an Unterstützung zu bezahlen; es kommen meist M.-M. in Betracht, welche das Minimum nicht verdienen können. Wenn es so weiter geht, wäre der Verein gegen Neujahr fast gesteuert — so der Präsident. Um dieser Misere abzuhelfen, wurden verschiedene Vorschläge gemacht, angenommen wurde, die M.-M. noch bis Ende d. M. zu unterstützen, den Mitgliedern wurde die Unterstützung bis Ende d. J. zugesagt, jedoch verfürzt auf 1,50 Fr. pro Tag. Des weitern sollen jetzt pro Woche und Mitglied 0,50 Fr. erhoben werden, so lange, bis der Kassenbestand die Höhe wie bei Ausbruch der Bewegung erreicht hat. Bis zu diesem Zeitpunkte sollen auch andere Gewerkschaften nichts mehr beziehen können bei Gesuchen um Unterstützung bei Ausfällen. Nur Buchdrucker sind von dieser Maßregel ausgeschlossen.

Kundschau.

Buchdruckerei und Verbands.

Wir erklären hiermit, daß das in Nr. 114 des Corr. vom 29. September in dem Artikel „Die Anwerbung von Buchdruckern für Südafrika“ über den Herrn A. Walzer in Wellburg a. d. Rh. Besagte auf vollständiger Unwahrschheit beruht. Dieser Herr hat niemals einen Handel mit Buchhandwerkern nach Johannesburg betrieben und sucht auch jetzt keine Schriftsetzer, Maschinenmeister und Lithographen dahin zu engagieren, was wir hiermit zur Nichtigstellung veröffentlichten.

Herr Blanke teilt in seinem Organe mit, daß infolge Aufforderung des D. V. B., den neuen Tarif anzuerkennen, die Vorstandsmitglieder des Prinzipalvereins Bojener Buchdruckerbesitzer, die Herren Krüger, Samter und Metzsch-Posen, aus dem D. V. B. ausgetreten sind und aus gleichem Anlasse wohl noch eine größere Anzahl Mitglieder dasselbe Verfahren wählen werden, um einem Drucke des Vereins zur Anerkennung des Tarifs entgegen zu können. Auf der einen Seite ist anzuerkennen, daß der D. V. B. endlich seinen Mitgliedern die Einführung des Tarifs in ihren Druckerien zur Pflicht macht, andererseits sollten aber diese nicht seltenen Vorkommnisse wie in Posen unseren Mitgliedern zu denken geben, welche Opfer notwendig gewesen wären, um den vielfach so herb verurteilten Tarif auf eigene Kosten und allein ein- und durchzuführen. Der Fortschritt geht eben nicht auf Siebenmeilenstiefeln. — Die von Herrn Blanke zu den Satzungen der Arbeitsnachweise sowie zu der Gräfenhainicher Angelegenheit gemachten Vorschläge beweisen einerseits seine Unkenntnis über den neuen Tarif und dessen Institutionen, andererseits eine offensibare Feindseligkeit gegenüber den Tarifverhandlungen. Aus diesen Gründen müssen wir auf eine Polemik mit Herrn Blanke verzichten.

Ein Mahnwort an die Mitglieder des Bundes „Mittelrhein“ ist ein Flugblatt betitelt, welches von dem betr. Bauvorstande herausgegeben wurde und das uns soeben zugehandt wird. Dasselbe befaßt sich in überzeugenden Worten mit der Situation im Verband und appelliert (nach eingehender Darlegung der Verhältnisse) an die Mitglieder, sich nicht weiter für den Ehrgeiz und die Rachsucht eines Einzelnen mißbrauchen zu lassen. Wesentliche Teile des Flugblattes bedien sich mit unferen Leitartikeln „Der Ausschluß“ und „Politik in der Gewerkschaft“. Es wäre zu wünschen, solche Flugblätter würden in allen Gauen an die Mitglieder hinausgegeben. Vielleicht würde es dadurch überflüssig, immer wieder den Vorrat mit dem Ziel überdrüssigen Angelegenheit beschäftigen zu müssen.

Ein Mitglied der Prinzipal-Großschmiede namens Friedr. Schröder aus Metz mußte es sich auch gefallen lassen, in München als Landfremder eingestuft zu werden. Seiner Berufung auf die Unterstützung von 1 Mt. täglich setzte der Vorsitzende des Gerichtshofes die Meinung entgegen, eine derartige Unterstützung sei ein Almosen, da offenbar nur ein Meister- und Gesellengeicht vorliege und ein rechtmäßiger Anspruch auf diese Unterstützung nicht geltend gemacht werden können. Ein zufällig anwesender Buchdrucker sagte dagegen eithlich aus, daß diese Auffassung eine irrige sei, die Unterstützung bestehe zu Recht, da ihr Pflichten vorausgegangen seien. Diesem Umstande hatte es der Angeklagte zu danken, daß er freigesprochen wurde — aber 14 Tage hatte er bereits in Unterdrückungshaft gesessen!

In der Schweiz ist man jetzt in den Sektionen des Typographenbundes, welche die neunstündige Arbeitszeit noch nicht eingeführt haben, in eine Aktion eingetreten. Es sind dies Aarau, Chur, Frauenfeld, Schaffhausen, Luzern und Basel.

Der Schriftseherverein in Rotterdam zählte nach dem letzten (47.) Jahresbericht 122 Mitglieder und 49 Ehrenmitglieder. Ein vor fünf Jahren ins Leben gerufener Pensionsfonds, von dessen Rinsen zwei alte Mitglieder Unterstützung erhalten, besitzt jetzt 3100 Fl., der Krankentassenfonds verzeichnete an Beiträgen und Geschenken 78 47 Fl. und gab 778 Fl. aus und aus der Sterbefasse, deren Fonds sich auf 600 Fl. beläuft, wurden 162,50 Fl. gezahlt. Außerdem besitzt der Verein eine 620 Bände enthaltende, gut frequentierte Bibliothek.

Presse und Literatur.

Ein Leipziger Verleger christlich-sozialer Schriften hat angesichts der auch von uns mitgeteilten Ergebnisse des sozial-demokratischen Druckchriften-Vertriebes im Jahr 1895 einen Rückblick auf seine Ergebnisse geworfen und — wie er in einem Zirkular, das die Bitte um Unterstützung enthält, mitteilt — gefunden, daß dieselben recht kläglich waren. Er versandte im September sein Verzeichnis von sechzig Schriften an fünfshundert „ausgewählte christlich-soziale Männer“ und erhielt darauf — zwei Bestellungen. Da wird er wohl umarmen müssen!

Das Lehrbuch der Naturheilkunde von Dr. W. und S. Böhm wurde auf der internationalen Ausstellung für Hygiene, Armeeverpfligung usw. zu Baden-Baden mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. Das Werk erscheint im Verlage von Lepner & Zimmer in Chemnitz. Dieses Lehrbuch verwendet Kollege Eisenpläster in Chemnitz, Schützenstraße 15, an unsere Mitglieder zu einem bedeutend ermäßigten Preis; auf Wunsch auch Probehefte gratis und franco.

Ein früherer Expedient des Hamburger Fremden-Blattes Namens Meyer hat sich, wie der Vorwärts mitteilt, nach Unterschlagung von 150 000 Mt. erschossen. Die Michtigkeit der Rechnung vorausgesetzt, muß die Firma sehr viel überflüssiges Geld haben, um den Abgang einer solch hohen Summe erst nach dem Tode des ungetreuen Verwalters zu entdecken.

Deutsches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei, welcher in Ulm stattfand, behandelte die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf kommunaler Grundlage. Antragsteller war Sonnemann-Frankfurt. Derselbe legte einen ausführlichen, in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Gesetzentwurf vor, auf den wir zurückkommen werden. Abg. Müller-Offenburg plädierte für allgemeine Reichs-

versicherung, Ggyl. Mannheim für Uebertragung der Versicherung an die Berufsbereine der Arbeiter, Hausmann-Stuttgart für fakultative Organisation, Hof-Berlin und Dr. Quide für Kasenzwang, nicht Zwangsweise, welche Form den Arbeiter-Organisationen zu gute käme. Schließlich wurden die Vorschläge einer Kommission von sieben Mitgliedern überwiesen behufs weiterer Prüfung und je nach Befund geeigneter Verwertung.

Der Berliner Magistrat scheint das Einigungsamt nach dem Muster der Konfessionäre mitzubrettern zu wollen, denn er hat trotz der vor dem Einigungsamt abgegebenen entgegenstehenden Erklärung noch seinen der ausgesparten Gasarbeiter, wohl aber eine größere Anzahl anderer Arbeiter eingestellt. Welcher Lärm würde gemacht werden, wenn die Arbeiter sich einem solchen Spruche nicht fügen wollten.

Die A.-G. für Kartonnagen-Industrie in Loschwitz-Dresden rühmt das Betragen ihrer Arbeiter als musterhaft, da sie bei unveränderten Löhnen fortarbeiten und sonach eine fortwährende Steigerung der Dividende ermöglichen. Im letzten Geschäftsjahre waren es 20 Proz. Von 20 männlichen und 400 bis 500 weiblichen Arbeitern gehören nur acht einer Organisation an, daher die billigen Löhne und das Epitheton musterhaft.

Bereine, Kassen usw.

Der Regierungspräsident in Magdeburg hat bejunden, daß die Zahlstelle Schönebeck des Holzarbeiterverbandes ein politischer Verein sei und dies damit begründet, daß über Gesetzentwürfe zum Schutze der Arbeiter, ferner über das Verhalten des Reichstages zum Achtsundbentag, über einen Erlass des Kriegsministers, über die Vertreter des Arbeiterverbandes im Reichstage gesprochen und das Verhalten des Staates resp. der Polizei den Versammlungen des Vereines gegenüber einer mißbilligenden Kritik unterzogen worden sei. Das ginge über die Vertretung der Interessen der Mitglieder in Bezug auf günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie im § 152 der G.-D. vorgesehen, hinaus.

In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Landsberg a. W. wollte der überwachende Polizeiinspektor „das Kritizieren und die unerschämten Bemerkungen nicht länger mehr anhören“ und löste die Versammlung auf. Der Referent sprach über die Bekämpfung der Arbeiter-Organisationen durch Behörden und Unternehmer.

In Finsterwalde wurde ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie als grober Unfug mit drei Tagen Haft bestraft. Der ursprüngliche Strafbefehl lautete auf sieben Tage. Da heutzutage nahezu jede Vereinigung international ist, so wird die Berufungslanzung wohl nicht umhin können, das Urteil aufzuheben, zumal die Annahme, daß in der Versammlung anwesende Nichtsozialdemokraten möglicherweise durch das Hoch hätten belästigt werden können, wohl kaum zutrifft. Umgekehrt müßten sich dann ja auch Sozialdemokraten, sofern sie Versammlungen anderer Parteien betreten, durch die ähnlichen Hochs belästigt fühlen und die Anreger eines solchen bestrafen werden.

Das Fachorgan der Porzellanarbeiter, die Amesse, warnt vor dem Zerbrechen der Anarchisten in den Gewerkschaften, die sich jetzt für Konsumvereine u. dgl. Genossenschaften ins Zeug legen, dies aber wohl nur als Deckmantel für weitergehende Zwecke diene. Es sind in der Gewerkschaft der Porzellanarbeiter schon üble Erfahrungen gemacht worden.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Wollschuhmacher in Berlin ist nach vierwöchiger Dauer auf dem Bergleischwege beendet. Die Fabrikanten machten einige Zugeständnisse und die Arbeiter ließen die Forderung der Errichtung von Betriebswerkstätten fallen, betrachteten dieselbe aber nur als vertagt. Auch die Klage ebenfalls haben ihren Streik für beendet erklärt, nachdem die Hauptforderung, der Reunfuntentag, im allgemeinen durchgeführt. Ueber eine kleine Anzahl Firmen wurde die Sperre verhängt. Ein Streik der Hasenarbeiter in Libau in Kursland endete durch Bewilligung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung. Beendet ist ferner der Streik der Werkstättenarbeiter der österrreich-ungarischen Staatsbahn in Wien. Die früheren Bewilligungen sollen aufrecht erhalten werden und keine Maßregelungen stattfinden. Auch in Prag-Bubna haben die Eisenbahn-Werkstättenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. In Ropenhagen einigten sich die Buchbinder mit den Unternehmern über 9 1/2 stündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung. Das Resultat dürfte dem Umstande zuschreiben sein, daß von 550 Fachgenossen 500 der Organisation angehören.

In Berlin legten sämtliche Zimmerer des Baugeschäfts Niegner die Arbeit nieder wegen Maßregelung. In Brunn ein Teil der Tapezierer, in Stettin Maurer. In Hamburg-Altona streikten in den Buchbinderleien nur noch 78 männliche und weibliche Arbeiter. 61 Firmen — 75 Proz. haben bewilligt. Bei der Ewerkschreiber-Firma Scharfe streikten 20 junge Leute, ferner 72 Schiffreiniger der Hamburg-Amerikan-Linie um Lohnerhöhung. In Ropenhagen sind die Schmarzbrodbäcker, in Lübeck die Tapezierer der Firma Gebr. Wasserstrat, in Wronz (Belgien) 1300 Bergarbeiter im Auslande, letztere 20 Proz. Lohnerhöhung fordernd.

Der Tischlerstreik in Brüssel scheint höhere und höchste Kreise zu interessieren. Zunächst berief der Arbeitsminister Ruffens das Einigungsamt zusammen, um den Streik beizulegen; erschienen waren die Vertreter beider Parteien, die der Arbeiter gingen zuletzt selbst bis auf

5 Cents. Lohnerhöhung pro Stunde herunter, hielten jedoch unter allen Umständen an der zehnstündigen Arbeitszeit fest. Demgegenüber verlangten die Vertreter der Prinzipale bedingungslose Unterwerfung. Hierauf zogen die Vertreter der Arbeiter ihre gemachten Zugeständnisse gänzlich zurück und jetzt wird fröhlich weitergestreift. Zugleich mit dem Vorgehen des Arbeitsministers stellte unser Kollege Conrady im Brüsseler Gemeindefolkstum den Antrag, den ausständigen Tischlern 5000 Fr. aus dem Gemeindefiskus zu gewähren; der Antrag wurde aber abgelehnt. Eine geheime Abstimmung über die Weiterführung des Ausstandes ergab einstimmige Annahme. Daraufhin hielt der Präsident ungefähr folgende Ansprache: Wenn ein Arbeiter sich gut aufführt bei seinem Meister, dann bekommt er Lohnzulage, und da Sie sich in diesem Ausstande aus mindestens gut halten, bewilligt das Komitee jedem Streiter pro Woche 1 Fr. mehr. Tableau! Der Streik der Breslauer Maurer kostete 20516 Mt., eingegangen waren 20727 Mt.

Gestorben.

In Stettin am 1. Oktober der Seyer Heinrich Fabig aus Suhl, 35 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

Briefkasten.

E. in Chemnitz: Für so kleinlich werden Sie uns wohl nicht halten. — B. in München: Wird seitens der Redaktion eine Bearbeitung gewünscht oder geht eine solche von München für den Vorr. ein? — A. S. in Hamm: Ihre Bemerkungen mußten in der von Ihnen gewählten Form doch eine Kritik herausfordern. Daß Sie aus uns jetzt mitgeteilten Gründen die Karte schrieben, konnten wir ja nicht wissen. Es freut uns ja diese rege Mitarbeit, aber wir können doch nicht mit Doppelnummern arbeiten. Das „Anschauungen“ und die „schroffe, beleidigende Form“ bezog sich nicht auf Sie. Wir richten ferner die Bitte an Sie, Ihren Artikel im Interesse der dortigen Kollegen überhaupt zurückzuziehen, da nach uns gewordenen Informationen derselbe den Kollegen am Orte nur Schaden bringen könnte? Oder wollen Sie nicht lieber Ihre Kritik der betr. Druckerzustände in ganz bestimmter Form äußern. — F. G. in Kiel: Wollen wir die Sache lieber ruhen lassen. Wenn die Firma sich 1886 und 1891 inhuman zeigte, dürfen wir aus tatsächlichen Gründen dies 1896 nicht mehr, und namentlich bei veränderten Verhältnissen als Gegenstand einer nachträglichen Kritik benutzen.

Verbandsnachrichten.

Bezirk Deutzen i. O.-Schl. Die Bezirksversammlung findet Sonntag den 25. Oktober von mittags 12 Uhr ab in Nikolai im Lokale des Herrn Grünpeter statt.

Die Mitglieder Fritz Zimmer aus Ratibor, zuletzt baselst konditionierend, und Johann Friedrich aus München, zuletzt in Nikolai in Stellung, welche ohne Bücher abretten, werden ersucht, sich baldigst bei E. Pannter, Deutzen i. O.-Schl., Kl. Blottnastr. 19a, I, zu melden, worigenfalls Ausschluß erfolgt.

Bezirk Offen. Folgende Kollegen wurden in den Bezirks- resp. Ortsvorstand neu- bzw. wiedergewählt: G. Schiller, erster Vorsitzender, Thieme, zweiter Vorsitzender, F. Hemmerle, Kassierer, F. Haquet, erster Schriftführer, F. Deder, zweiter Schriftführer. Briefe sind an G. Sätler, Hufsenstraße 1, Selber an F. Hemmerle, Wilhelmstraße 29, zu senden.

Bezirk Gießen. In der am letzten Sonnabend abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde Kollege A. Wötter als Schriftführer gewählt.

Bezirk Magdeburg. Infolge Amtsüberlegung des bisherigen ersten Vorsitzenden sind alle Zuschriften usw. bis auf weiteres an Kollegen Job. Kothke, Magdeburg-Wilhelmstadt, Annastraße 23, II, zu richten. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß das Minimum des gewissen Geldes für Magdeburg 22,75 Mt. beträgt. Konditionsannahme unter Minimum ist unzulässig.

Achern (Baden). Samstag den 17. Oktober, abends 1/2 9 Uhr, findet in der Insel Helgoland dahier eine Bezirksversammlung statt. Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe. Referent: Bauvorsteher Goldschagg-Freiburg. Die Mitglieder der umliegenden Druckorte werden zu derselben hiermit eingeladen.

Burg b. M. Wegen tarifswidriger Zustände in der Buchdrucker von Fr. Söffner (früher Fr. Wiesche & Sohn) ist dieselbe für Verbandsmitglieder geschlossen.

Bromberg. Bei Konditionsangeboten von hier wollte man sich des neuen tariflichen Minimums (22 Mt.) versichern resp., um sich vor Weiterungen zu schützen, Gestundigungen bei Emil Damm, Louisenstr. 25, I, einzulegen.

Magdeburg. Der Drucker Hesper, angeblich nach Herbst abgereicht, wird ersucht, behufs Regelung wichtiger Angelegenheiten seine Adresse sofort an den Kassierer Oskar Hoffe, Magdeburg-Werber, Weidenstraße 8, einzufenden.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwerbungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an bei beigefügter Adresse zu senden):

In Gräfenhainichen die Seyer 1. Franz Albert Wbisch, geb. in Schöna (Kr. Bitterfeld) 1876, ausgem. in Bitterfeld 1892; war schon Mitglied; 2. Wilhelm Gochle, geb. in Berlin 1878, ausgem. das. 1896; war

